

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

19.11.1862 (No. 272)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 19. November.

N. 272.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühren: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amthlicher Theil.

Karlsruhe, 18. November.

Durch Allerhöchste Ordre vom 14. d. M. wird dem Hauptmann Schreiber vom Generalstab die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis erteilt, das ihm von Seiner Kaiserlich Königlich Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Kreuz des Franz-Joseph-Ordens anzunehmen und tragen zu dürfen.

Dienstnachricht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus groß. Staatsministerium vom 30. August d. J. auf die höchstehrenden Patronat unterliegende katholische Pfarrei Weinheim den Pfarrverweser Johann Moret in Rippenheim gnädigst zu ernennen gerüht und ist derselbe am 23. October d. J. kirchlich in dieselbe eingesetzt worden.

Nicht-Amthlicher Theil.

Telegramme.

Δ Kassel, 18. Nov. Vor Begründung der Interpellationen Dettler's und Garnier's, das Budget, der Leihbank und das Jagdgesetz betreffend, erklärte der Landtag dem Kaiser: Der Fortbestand des Ministeriums sei zweifelhaft geworden, weshalb bindende Antworten nicht erteilt werden könnten. Die Versammlung beschloß, diese Gegenstände bis morgen auszusetzen.

*** Corfu, 16. Nov.** Briefe aus dem Piräus vom 13. enthalten Näheres über ein den Offizieren der englischen Flotte von den Notabilitäten Syra's und des Piräus angebotenes Banket. Die Griechen haben auf die Gesundheit des Prinzen Alfred, und die englischen Offiziere auf die Wohlfahrt und die Unabhängigkeit Griechenlands getrunken. Als der Admiral an Bord zurückkehrte, hielten die englischen Schiffe die griechische Flagge auf und begrüßten sie mit 21 Kanonenschüssen.

Ein französisches Aktenstück, die römische Frage betreffend.

(Schluß.)
Die kaiserl. Regierung hat, indem sie nicht hätte, ihre Verantwortlichkeit aus dem Spiele zu ziehen und den Charakter ihrer Entschlüsse genau zu bestimmen, sich mit der Hoffnung gelassene, daß die Wiederannahme ihrer diplomatischen Beziehungen mit dem kaiserl. Kabinett ihr erlauben würde, endlich mit Erfolg an dem Berührungspunkte zu arbeiten, an welchem sich, nach ihrer Ueberzeugung, die definitive Weisheit der neuen Ordnung der Dinge auf der Halbinsel aufbaue. Ihr theilnahmvolles Interesse für Italien, ihre Sorge für den hl. Stuhl, und über alles ihre Pflichten gegen Frankreich schrieben ihr vor, ihre Anstrengungen mit einer Beharrlichkeit zu verfolgen, welche weder durch schroffen Widerstand, noch durch unüberlegte Ungeduld müde werden sollte und welche die Bedeutung der in der römischen Angelegenheit verflochtenen Interessen genügend erklärt. Der Kaiser hat Sorge getragen, in einem

neulich im „Moniteur“ veröffentlichten Briefe die Grundzüge, welche seine Politik leiten, zu erklären, und sowohl Italien wie dem hl. Stuhle den zu erreichenden Zweck und die dazu erforderlichen Mittel zu zeigen. Seit dem Augenblick, wo der Kaiser auf diese Weise die Schwierigkeiten der Aufgabe und die Bedingungen des Erfolges angab, hat seine Regierung nicht angehöret, ihre Versuche zu erneuern, die Geister einander zu nähern und den aufgeregten Gemüthern sowohl wie den lebenden Interessen Frieden und Eiderheit zu geben. Die Ergebnisse haben bisher leider ihren Erwartungen nicht entsprochen; aber wenn wir einerseits die Stanchbarkeit, mit welcher der römische Hof sich geweiht hat, mit uns gemeinsam die Grundlage einer annehmbaren Vereinbarung zu suchen, bebauern, so haben doch andererseits bedeutende Thatsachen, die ich nicht verschweigen kann, diesen Hof in seinem Widerstande bekräftigt, und indem sie sein Mißtrauen rechtfertigten, haben sie der Regierung des Kaisers neue Schwierigkeiten gegenübergestellt. Der General Garibaldi hat, indem er seine individuelle Initiative der regelmäßigen Thätigkeit der öffentlichen Macht unterwarf, eine Expedition organisiert, welche notorisch gegen uns gerichtet war, und forderte mit bewaffneter Hand Rom, das unter unsern Schutz gestellt war. Die Regierung des Königs hat, ich zögere nicht, es anzuerkennen, mit einer Entschlossenheit und Energie, worin man ihre Loyalität ehren muß, diesen Versuch glücklich niederschlagen. Sein Plan allein und der Anfang von Ausführung, der ihm gefolgt war, haben indessen in Italien eine durch die Gährung anarischer Lebensbedingungen aufgelegte Lage aufgeweckt. Gleichzeitig organisirten sich in einem benachbarten Lande kühne, kühne, deren eingeschuldeter Zweck der war, auf die Entschlüsse des Kaisers einen Druck auszuüben.

Wie es mir überflüssig erscheint, daran zu erinnern, daß Frankreichs Zuhilfenahme Drohung weicht, so halte ich es gleichfalls für unnötig, auch für die Politik meines Landes die vollständige Unabhängigkeit von allem auswärtigen Druck in Anspruch zu nehmen. Dennoch würden diese Thatsachen, die ich nicht ganz und gar mit Stillschweigen übergehen konnte, die kaiserl. Regierung nicht in ihren eifrigen Bemühungen gehindert haben, um die Veröhnung der beiden großen Interessen herbeizuführen, die in Italien Gegenstand ihrer unablässigen Bemühungen sind, wenn die offizielle Mitteilung, die uns das Rundschreiben des Hrn. Generals Durando vom 10. v. M. machte, und die Veröffentlichung dieses Aktenstückes uns nicht für den Augenblick die Hoffnung, die wir gen in die Absichten der italienischen Regierung hätten setzen wollen, gerant hätten, die Vereinbarung, nach der wir streben zu erlangen. In der That eignet sich der Hr. General Durando, nachdem er des Unternehmens Garibaldi's Erwähnung gethan, das Programm feststellen an, und verlangt, indem er sich für Italiens Recht auf Rom ausspricht, im Namen seiner Regierung die Anklage dieser Hauptstadt und des hl. Vaters Beilegung. Unserer Ansicht nach scheint gegenüber dieser feierlichen Erklärung und dieser peremptorischen Beanspruchung jede Diskussion unnütz und jeder Versuch einer Vermittlung gewagt, wie ich mit aufrichtigem Bedauern eingesehen muß. Die italienische Regierung hat sich durch die unbedingten Erklärungen, deren so eben gedacht worden, auf ein Ziel gestellt, wohin ihr zu folgen, die beständigen Interessen und Ueberlieferungen Frankreichs nicht mindern, als die demselben Erforderungen seiner Politik uns verbieten.

Ich verkenne keineswegs die freundschaftliche und gemäßigste Form der Mittheilung, die mir neuerdings durch den italienischen Hrn. Minister gemacht wurde; doch vergebens suchte ich darin die Elemente zu einer Verhandlung, auf die wir eingehen könnten. Unserer Ansicht nach kann diese Verhandlung nur darauf abzielen, zwei Interessen zu

verföhnen, die sich unserer Fürsorge zwar aus verschiedenen, und jedoch gleich achtbaren Gründen empfehlen, und die einander zu opfern uns nicht einfallen kann. Die italienische Regierung weiß übrigens sehr wohl, daß sie uns stets geneigt finden wird, mit Rücksicht und Uebernahme alle Pläne zu prüfen, die sie uns vorzutragen beliebt, und die ihr so beschaffen zu sein scheinen, daß sie uns dem vorgesezten Ziele näher bringen, das ihre Umficht, wie wir hoffen wollen, uns zu erreichen beihilflich sein wird.

Lesen Sie diese Adresse, mein Herr, dem Hrn. Minister der italienischen auswärtigen Angelegenheiten vor und erteilen sie ihm Abschrift.

Genehmigen Sie u. s. w. *Par. 18, 26. October 1862.* Drouyn de Lhuys

Dänische Antwortsnote an Oesterreich.

Wir haben aus diesem (von einer Denkschrift begleiteten) Aktenstücke bereits einige Sätze mitgetheilt und lassen (nach der Allg. Fig.) dasselbe nun vollständig folgen.

In dem am Schluß des verwichenen Monats August von Hrn. v. Figer mit überreichten Memorandum hat das kaiserl. österreichische Kabinett dieselben weitgehenden Anforderungen an die kaiserl. Regierung, welche die preussische Depesche vom 22. dess. M. enthielt, nicht formulieren wollen, ohne uns zu gleicher Zeit die Gründe mitzutheilen, woraus es seine Anforderungen ableiten zu können glaubte. Die k. Regierung hat hierin eine neue Bestätigung ihrer Ueberzeugung gefunden, daß der kaiserl. Hof durchaus nicht beabsichtigt, in seinen Zumuthungen weiter zu gehen, als derselbe durch die Verhandlungen von 1851 berechtigt zu sein annimmt; und wenn ich daher in der Anlage Gw. zc. zur Mittheilung an E. Exc. den Hrn. Grafen v. Rechberg eine ausführliche und nach meinem besten Glauben korrekte Darstellung jener Verhandlungen übersende, so geschieht dies nicht nur, weil ich es für notwendig erachten muß, einmal vollständig die Ansichten der k. Regierung anzusprechen, hinsichtlich dieser Verhandlungen, welche oft so unrichtig aufgefaßt worden sind, sondern zugleich in der aufrichtigen Hoffnung, daß die kaiserl. österreichische Regierung ihre Konklusionen modifizieren werde, nachdem sie die Prämissen derselben einer erneuerten Erwägung unterzogen hat.

Das kaiserl. Memorandum schließt mit einem Rath, dessen ich hier besonders gedenken muß. Es betrachtet nämlich die Wiederherstellung einer früheren administrativen Verbindung zwischen Schleswig und Holstein als ein Mittel, welches eben so wirksam zur Veröhnung der Bevölkerung dieser Herzogthümer sein würde, als es jetzt, da die Einheit der Thronfolge im ganzen Reich durch einen europäischen Akt gesichert worden ist, nicht länger mit irgendwelcher Gefahr für die Integrität des Reichs verbunden sein dürfte. Wie groß aber allerdings die Bedeutung ist, welche die kaiserl. Regierung dem definitiven Abkommen beilegt, das jeglichen Zweifel an der Untheilbarkeit der dänischen Krone beseitigt haben muß, so würde dieselbe es doch nicht verantworten können, wenn sie aus neuer durch ihre Handlungen den separatistischen Reigungen, worin diese Frage ausschließlich wurzelt, Nahrung geben würde, eben so wenig, wie sie in einer solchen Vereinigung, nach ihrer besten Ueberzeugung, ein Mittel zur Veröhnung oder Befriedigung anderer Theile der Bevölkerung als desjenigen würde erblicken können, welcher leider noch nicht der Erwartung der Umwälzungen entsagt hat, welche die Zukunft etwa mit sich bringen könnte. Und wenn die k. Regierung sich bestimmen mußte, den Anforderungen des Deutschen Bundes wegen einer andern und selbstständigeren Stellung für Holstein zu entsprechen, als der, welcher einem bloßen Landestheil gebührt, so würde es doch immerhin viel eher als natürlich erscheinen müssen, den möglichen Folgen der durch eine solche Ordnung glodierten Ver-

Ein Besuch im amerikanischen Seeräuberlager.

Der Prinz hatte das — damals auf dem rechten Ufer des Potomac gelagerte — nordamerikanische Heer gesehen und genaue Bekanntschaft mit seinen vornehmlichen Generalen gemacht, und wünschte nun auch das Lager der Seeräuber unter gleich vortheilhaften Umständen zu besichtigen, machte aber aus Rücksicht seinen Wunsch der Unionregierung nicht geradezu ausprechen, und suchte ihn mit einem projektirten Ausflug nach dem ganz nahen Mount Vernon (Washington's Familien-Gut — Haus und Grund) anzudeuten. Der Ausflug wurde auch gemacht, die Anbeutung aber, ansehnend, nicht verstanden. Man entschied sich also, durch den französischen Gesandten bei der Union, den Baron Mercier, das Ges. brechen und deutlich für den Prinzen um die Erlaubnis nachsuchen zu lassen, die Linie der sibirischen Armee zu durchschreiten und sich in das Konföderirtenlager zu begeben. Der amerikanische Minister (des Außern, Herr Eward) nahm das Anliegen mit einer Bereitwilligkeit und Freundschaft auf, welche beweisen, daß man in Amerika die Sachen nicht zu bedenklich oder zu diplomatisch zu nehmen sich veranlaßt findet, und antwortete mit dem augenblicklichen Anerbieten seiner guten Dienste. Des Prinzen Verhaben wurde bald weiter bekannt, und viele Generale und Mitglieder des Senats und Repräsentantenhauses machten ihm ihr Kompliment über eine Idee, die ihnen ganz nach amerikanischem Geschmack erschien. „Sie haben“, hieß es, „die Eine Seite gesehen, Sie müssen nun auch die andere sehen; hind wir hoffen, zur Ehre Amerika's, daß man Sie dort so gut aufnehmen, wie wir Sie aufgenommen haben.“

Nach den unlängst in Paris erschienenen Briefen des Oberlieutenants Ferrer Bianchi, Abtinenten des kaiserl. Armeekorps Napoleon und eines seiner Begleiter auf dessen Reise in den Vereinigten Staaten im Sommer vorigen Jahres.

Am 11 Uhr Vormittags befanden sich die Reisenden in dem unbesetzten neutralen Strich, der die beiden Heere trennt. Dieser Theil von Virginia ist unfreundlich und einfermig, kaum bevölkert, fast unangebaut. Der, leicht gewellte, Boden bietet nichts, so weit das Auge reicht, als Wälder, mit weißen Wiesen dazwischen, und da und dort spärlich zerstreute ländliche Wohnungen, welche die Spuren jüngst erfahrenen Ungemachs tragen. Man verfolgte eine breite aber schlecht gehaltene Straße, die von Alexandria nach Warrenton über Fairfax und Centreville führt und durch den Bull's Run etwa eine Stunde vom letztgenannten Ort geht. Etwa sechs Stunden von Alexandria, um Mittag, machte die Gestirne plötzlich halt. Der sie befehligende Offizier freudig, gefolgt von seinem Fahnenträger und Trompeter, vorwärts. Man war auf die Vorposten der südbatallischen Armee getroffen. (Fortsetzung folgt.)

(Ludwig der Bayer.) „Ludwig der Bayer“ von Paul Heyse ist bis jetzt zweimal zur Aufführung gekommen und hat jedes Mal nicht allein durch die poetische Auffassung der Einzelheiten, durch die Sprache, insbesondere den frischen, gefaltreichen Dialog, sondern auch durch den vaterländischen Stoff und die von warmem Patriotismus eingegebenen Beziehungen auf die Geschichte unserer Tage das künftige Publikum angeprochen und bewegt; aber der gependete Beifall schien uns gleichwohl gemäßigter; jedenfalls zeugte er, trotz der guten Leistungen der Darsteller, nicht von einer stürmischen Begeisterung. Fragen wir uns nach der Ursache hiervon, liegt sie etwa in dem Druce, den die Verhältnisse der Gegenwart auf uns ausüben? — Wer das ist, ja gerade der Bauer der Kunst, daß sie uns, wenigstens vorübergehend, über dieselben hinweghebt. Selbst die Getheiltheit des Interesses, das wir an den beiden Feldern des Stückes nehmen, gibt keine ganz zureichende Erklärung; sie liegt unteres Grades vor Allen in der unvollständigen

Schürzung und dadurch notwendiger Weise minder wirksamen Wirkung des Knotens. Wie das Stück vorliegt, ist mit dem Ende des vierten Aktes, der an und für sich von bedeutender Wirkung ist, die Handlung des Stückes im Wesentlichen fertig. Der schwach gekürzte Knoten in innerlich gelöst, die Art und Weise, wie er sich in der Wirklichkeit lösen wird, ist für den Zuschauer von untergeordnetem Interesse. Für beide Felder sind aber genug Motive vorhanden, eine Verständigung zu wünschen, ohne daß sie schon am Schluß des vierten Aktes mit überwältigendem Gefühl einander in die Arme zu fassen und sofort die alle Umgebung zu befrichtigen brauchen, die den Gedanken eines Rückfalles ausschließt, sondern der Dichter konnte dieselbe auf Friedrich's Rückkehr in die Gefangenschaft versparen und dadurch die Erwartung des Zuschauers länger spannen und höher steigern. That er Dies, so war die poetische Wirkung vollständig, und die volle Begeisterung hätte sicherlich nicht gefehlt. Diese Beeinträchtigung des Erfolges hat unser leider nun heimgegangener Usland vermieden; er hat aber in anderer Beziehung, insbesondere darin gefehlt, daß er den fahrenden Schüler Albertus dem Gefangenen auf Trausnitz einen gar abenteuerlichen Besuch abstatten läßt. Von diesem Fehler ist wieder Paul Heyse frei geblieben; aber er würde uns Herzog Leopold's harte Unbeugsamkeit eindringlicher vergegenwärtigt haben, wenn er uns denselben in zurechnungsfähigem Zustande, nicht auf den Tod sichertrank, dargestellt hätte.

Sollte der begabte Dichter den schönen vaterländischen Stoff etwa in dem angeedeuteten Sinn überarbeiten wollen, dann würde mit dem größern Gewicht, das auf Herzog Friedrich's Treue gelegt wäre, wohl auch der Titel des Stückes „Deutsche Treue“ heißen müssen. Unter diesem Titel wurde der Stoff schon früher (so viel wir wissen von Klingemann) behandelt — ein Drama, das auch hier häufig aufgeführt worden ist.

Baden-Württemberg

bindung zwischen den Bundesländern und den übrigen Theilen der Monarchie dadurch entgegen zu wirken, daß die Attraktionskraft des letztern durch ihre engere Zusammenziehung in demselben Maß vergrößert würde. Auf jeden Fall würde aber jede nähere Verbindung Holsteins mit Schleswig sehr erheblich die Gefahr erhöhen, daß Tendenzen sich allmählig verbreiteten, sich der dänischen Monarchie zu entfremden, und in andere politische Kombinationen einzutreten, die, bisher immer von dem Besitz von Schleswig bedingt, es auch in der Zukunft bleiben werden.

Wie wenig die k. Regierung also aus diesen Gründen dem ihr gegebenen Rath folgen kann, so verkennt sie indessen doch keineswegs, daß auch dieser Rath von dem uns stets von der k. Regierung beehrigten wohlmeinenden Interesse für das Bestehen und die gedeihliche Entwicklung der dänischen Monarchie inspirirt ist. Und gerade dieses Interesse läßt mich hoffen, daß Graf Rechberg die Bedeutung Dessen würdigen wird, was ich oben angeführt habe, und das in ein klares und überzeugendes Licht für ihn zu stellen ein Vergleich mit andern ähnlichen Verhältnissen gewiß mehr dienen wird, als meine kurzen Bemerkungen es vermögen.

Zudem ich Ew. Ex. erlaube, dem k. k. Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorlesen, sowie Sr. Exc. von selbiger und deren Anlagen Abschriften zurückschicken zu wollen, verbleibe ich mit ausgezeichnetster Hochachtung Ihr ergebener H. A. L.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 57 enthält (außer einer Personalmeldung):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 2) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Staatsprüfung im Fortschritte für das Jahr 1862 betreffend. Darnach ist der Anfang derselben auf Freitag den 12. Dez. l. J. festgesetzt. 3) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums. Die Patenterteilung an Eugen Langen zu Köln betreffend. 4) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums. Die Vorausentrichtung der Rheinschiffahrts-Abgaben betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 27. v. M. der Helseerkaplan A. Rießerer zu Neuenburg. Am 28. v. M. der Major vom Armeekorps Graf v. Wiser in Baden. Am 29. v. M. der Major vom Armeekorps Michael in Bruchsal.

Augsburg, 15. Nov. (A. P. Z.) Vorigen Mittwoch fand hier zu Ehren des neuen Bürgermeisters Fischer ein Festmahl statt, welchem etwa 30 Personen, Notabilitäten verschiedener Stände, bewohnten. Eine für die preussische Volkstasse (Nationalfonds) veranstaltete Sammlung ergab 500 fl.

München, 17. Nov. (W. L. B.) Das Stadtgericht hat Hrn. Professor Neumann von der Anklage wegen Vornahme einer Sammlung für die preussische Volkstasse freigesprochen, weil die Sammlung an sich keine unerlaubte war und nur in geselligem Kreise, nicht aber in einer politischen Versammlung, stattfand.

Frankfurt, 17. Nov. Von der württembergischen Regierung ist bekanntlich bei der Bundesversammlung am 6. d. ein Antrag auf Herbeiführung einer gemeinsamen Pharmakopöe und eines einheitlichen Medizinalgewichtes eingebracht worden. Dieser Antrag lautet wie folgt:

Die Einführung einer allgemeinen Pharmakopöe und eines gleichförmigen Medizinalgewichts in den deutschen Bundesstaaten ist längst als ein Bedürfnis bezeichnet worden. Seit größerer Ausdehnung des Eisenbahnnetzes insbesondere ist dieses Bedürfnis mehr und mehr zu Tage getreten. Der durch die Eisenbahnen so sehr erleichterte Verkehr hat nämlich zur natürlichen Folge gehabt, daß Ärzte von Ruf auf große Entfernungen für bedeutendere Krankheiten zu Rathe gezogen werden, sowie daß viele Personen Reize ihrer auswärtigen Ärzte mit sich führen und deren Bereitung in der Apotheke ihres jeweiligen Aufenthaltsortes in Anspruch nehmen. Die Verschiedenheit theils der Stärkegrade der einzelnen Stoffe, theils der Gewichtswagen bei gleicher in Deutschland üblicher Bezeichnung kann nun aber insbesondere dann, wenn es sich um stark wirkende Stoffe handelt, zu großen Unzuträglichkeiten führen. Es scheint daher gewiß als ein wahres Bedürfnis, daß durch Einführung einer für ganz Deutschland gemeinsamen Pharmakopöe und eines gleichförmigen Medizinalgewichts jedem Arzte zuverlässige Sicherheit dafür gegeben wird, daß seine Verordnungen in jedem deutschen Lande auf dieselbe Weise zur Ausführung kommen, daß die Extrakte, Tinkturen &c., deren er für seine Arzneien bedarf, in denselben Stärkegraden in allen deutschen Apotheken vorhanden sind, sowie daß der Name des einzelnen Gewichtstheiles, z. B. der Drachme, auch überall dieselbe Menge des Stoffes bezeichnet.

Von der Erwägung dieses Bedürfnisses geleitet, stellt die königl. württembergische Regierung den Antrag: h. Bundesversammlung wolle die erforderlichen Einleitungen zur Herbeiführung einer für die deutschen Bundesstaaten gemeinsamen Pharmakopöe, sowie eines einheitlichen Medizinalgewichts übernehmen und zu diesem Behufe zunächst eine Kommission von Sachmännern der einzelnen Bundesregierungen einberufen, welche den Auftrag erhalte, den Entwurf einer allen deutschen Regierungen gemeinsamen Pharmakopöe, sowie Anträge wegen Einführung eines gleichförmigen Medizinalgewichtes auszuarbeiten.

Bei der Umfrage erklärten sich sämtliche Regierungen dafür, daß obiger Antrag dem handelspolitischen Ausschuss zugewiesen werde. Preußen gab folgende Erklärung ab:

Der k. Gesandte will weder die Ausfertigung der Berathung beantragen, noch gegen die Verweisung an den handelspolitischen Ausschuss Widerspruch erheben. Er deutet jedoch schon jetzt auf diejenigen Einwendungen hin, welche von seiner allert. Regierung wider eine legislative Behandlung ähnlicher Gegenstände am Bunde geltend gemacht worden sind.

Bingen, 16. Nov. (Südd. Ztg.) Auch hier wird von mehreren Weingutsbesitzern, Weinhändlern und Industriellen, die mit Namensunterschrift in den Lokalblättern zum Beitritt auffordern, eine Resolution für die Erhaltung des Zollverbandes mit Preußen vorbereitet, und die von Offenbach aus eingeleitete Versammlung zur weiteren Besprechung dieser Angelegenheit wird von hier aus beschickt werden.

Koblenz, 14. Nov. Die „Kobl. Ztg.“ schreibt: „Eine auf Grund schriftlich gestellten Antrags auf gestern berufene

Stadtverordneten-Versammlung sollte darüber beschließen, dem Oberregierungsrathe v. Bodum-Dolffs wegen seiner Verdienste um die Monarchie, und somit auch um unsere Vaterstadt, das Ehrenbürgerrecht der letzteren zu ertheilen. Dagegen wurde ein von vier Stadtverordneten unterzeichneter Minoritätsantrag eingebracht. Bei der Abstimmung erklärten sich 13 Anwesende für den Antrag, ein Mitglied des Kollegiums enthielt sich der Abstimmung, und vier stimmten dagegen. Nachdem so die Annahme des Antrags mit großer Majorität festgestellt war, erklärte der Vorsitzende, von seinem Rechte Gebrauch zu machen und seine Zustimmung mit dem Majoritätsbeschlusse auf Grund des §. 6 der Städteverordnung zu versagen, wodurch dann natürlich der ganze Antrag fiel.

Koblenz, 17. Nov. Nachdem Ihre Maj. die Königin gestern die Besuche des Fürsten und der Fürstin von Hohenzollern, sowie der Infantin Antonia von Portugal und ihres Gemahls, des Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen, empfangen, auch mehrere Mitglieder der rheinischen Ritterschaft und des Herzogs zu Sagan und Balencay zur Tafel geladen, ist höchstselbst heute Vormittag gegen 10 Uhr nach Karlsruhe abgereist, von wo in einigen Tagen die Weiterreise nach Berlin erfolgen wird. Die Königin soll die huldvolle Zusage ertheilt haben, um die Mitte Januar hieher zurückzukehren und dann einen längern Aufenthalt hieselbst nehmen zu wollen.

Elberfeld, 14. Nov. Die „Berg. Ztg.“ hat eine Zusammenstellung der Abgeordneten gemacht, welche zugleich Beamte sind, und ist zu folgendem Ergebnisse gekommen: Von den 87 richterlichen Beamten, die nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens in eine andere Stelle versetzt oder gänzlich ihres Amtes entsetzt werden können, gehört der konserverativen, d. h. der in diesem Augenblicke gouvernementalen Fraktion, die 11 Abgeordnete umfasst, keiner an; von den 15 nichtrichterlichen Beamten, die im Interesse des Dienstes zwar versetzt, aber nicht zur Disposition gestellt werden können (Klasse I.), ebenfalls keiner; von den 14 Beamten, die jeden Augenblick zur Disposition gestellt werden können (Klasse II.), 6. Auf die verschiedenen oppositionellen Fraktionen (Fortschrittspartei, linkes Centrum, Polen), denen in Ganzen 268 Abgeordnete angehören, kommen 66 von 87 richterlichen Beamten, 8 von 15 nichtrichterlichen der Klasse I., Einer von 14 der Klasse II. Das Disziplinargesetz vom 21. Juli 1852 ist also durch seinen §. 87 ein mächtiges Mittel in der Hand jeder Regierung, um sich gefügige Abgeordnete zu schaffen, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Wahlen derartig zu beeinflussen, daß Beamte, welche dem §. 87 unterworfen sind, gewählt werden; wo es nur irgend angeht, hat man sich namentlich vor der Klasse II. zu hüten, über welcher das Damoklesschwert der Dispositionsstellung schwebt! Zu dieser Klasse gehören: Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Vizepräsidenten, Militärintendanten, Beamte der Staatsanwaltschaft, Vorsteher königlicher Polizeibehörden und Landräthe.

Weimar, 16. Nov. Die „Weimar. Ztg.“ bringt unter ihrem offiziellen Zeichen die Mittheilung, daß darüber, ob auf die Einladung der bayerischen Regierung zur Abhaltung von Zollkonferenzen im Januar in München von Seiten der anderen Zollvereins-Regierungen, und insbesondere Preußens, eingegangen werden wird, noch keineswegs Gewißheit bestehe. Im Juni dieses Jahres seien jene Konferenzen aus, weil man wegen der obgleichwährenden Frage des französischen Handelsvertrags ihre Abhaltung nicht für angemessen erachtete. Ob daher eine derartige Beschleunigung, wie sie jetzt Bayern zu wünschen scheint, Anklang finde, sei zweifelhaft, und zwar um so mehr, als der vorgeschlagene Hauptgegenstand der Konferenzbesprechungen, die Inbetriebnahme der bekannten österreichischen Propositionen, wohl kaum als dazu geeignet erachtet werden dürfte.

Bernburg, 14. Nov. (Magd. Ztg.) Auf höchsten Spezialbefehl wurde einer Deputation der Bürgerschaft auf deren Petition um Sonderung des Staatsguts vom Allobium und um Entlassung des Staatsministers v. Schäßell durch herzogliches Staatsministerium eröffnet, daß zur Zeit keine Veranlassung vorliege, den ausgesprochenen Bitten stattzugeben; das Vertrauen zu diesem Minister sei ein ungeschwächtes, und seine Wirksamkeit werde in keiner Weise beschränkt werden.

Hannover, 16. Nov. (Fr. Z.) Schon rüstet man sich in allen Provinzen des Landes für die Celler Synodalversammlung; zahlreiche Gemeinden werden Vertrauensmänner entsenden; auch die Zahl der Theil nehmenden Geistlichen wird eine sehr große werden. In Herreshausen wird inzwischen dieser Tage im Beisein des Königs abvermals eine Katechismuskonferenz abgehalten werden, um zu berathen, welche Stellung man gegenüber der Celler Versammlung einzunehmen haben werde. Es ist Thatsache, daß ein Theil der orthodoxen Priester sein Spiel verloren gibt und nicht mehr zweifelt, daß die Berufung einer Synode unausweichlich in Aussicht stehe.

Berlin, 15. Nov. Es scheint, als ob die ministerielle Zeitung nicht Alles mittheilt, was die Deputationen mündlich vortragen. So sieht man aus dem Berichte eines Deputationsmitgliedes, daß die Deputation aus Duisburg dem Hrn. v. Bismarck die Einführung zweijähriger Dienstezeit sehr empfohlen hat. Davon sagt die „Stern-Zeitung“ nichts. — Der Bonner Abgeordnete, Landgerichtsath v. Proff-Früh, wurde, kaum nach Bonn zurückgekehrt, zum Landgerichts-Präsidenten zitiert und ihm eröffnet, es sei ein Restrikt aus Berlin eingelaufen, dem zufolge er sich darüber auszuweisen habe, ob von ihm für die Reise zum Abgeordnetentag in Weimar ein Urlaub nachgesucht sei. Da Proff-Früh diese Frage natürlich verneinen mußte, ist ihm wegen der ohne Urlaub ins Ausland unternommenen Reise ein Verweis ertheilt. — Der Redakteur der „Nordd. Allgem. Ztg.“, Dr. Braß, war wegen Aufnahme von Aufforderungen

zum Spielen in auswärtigen Lotterien angeklagt, und wurde deshalb zu 30 Thlr. Geldbuße verurtheilt. — Die Antwort Dänemarks an Preußen wird in einer offiziellen Korrespondenz eine „offene Verhöhnung“ genannt. Die dänische Regierung behauptet, daß die Abmachungen von 1852 in Betreff Schleswigs für Dänemark keine Verpflichtungen enthalten. — In Bonn, wo die Jesuiten seit mehreren Jahren eine mit Pensionat und höherer Privatschule verbundene Niederlassung besitzen, sind dieselben nach der „Eberf. Ztg.“ im Begriff, sich ein stattliches Klostergebäude des Kollegiums nebst Kirche zu erbauen. — Hr. Staatsanwalt Lene in Halberstadt erklärt die neulich der „Magd. Ztg.“ gemeldete Motivirung seiner Mandatsniederlegung (in Folge einer vom Justizminister verweigerten Audienz) für falsch. Sein blühendes Leben und seine offenkundige Haltung als Abgeordneter könne die Annahme, als sei er aus Furcht schamflüchtig geworden, nicht als begründet erscheinen lassen; er habe vielmehr vielen ihm näherstehenden sowohl in Halberstadt als in Berlin schon lange vor dem Schlusse des Landtags gesagt, daß er bei seiner jetzigen fortwährenden Kränklichkeit, die seine Thätigkeit schwächt, und mit Rücksicht auf seine Familienverhältnisse, die ihm nähere Pflichten auferlegen, sein Mandat nicht länger als bis zum Ende der letzten Session werde beibehalten können.

Breslau, 13. Nov. Der Prozeß wider die Zeitungsredakteure Dr. Stein (Breslauer Ztg.), Jul. Wöbke (Schlef. Ztg.) und Novak (Schlef. Morgenbl.), sowie gegen die Kaufleute Sturm und Lahwitz wegen ihrer bez. Theilnahme an den Veröffentlichungen in Betreff der Kollekten für den sogenannten Nationalfonds wurde heute vor dem Polizeirichter des Stadtgerichts verhandelt. Der Polizeianwalt erhebt die Anklage dahin, daß durch die Aufnahme des v. Unruh'schen Aufrufs in die Zeitungen und durch die Aufforderungen zu Beiträgen für den Nationalfonds, insofern nirgends die polizeiliche Genehmigung dafür eingeholt worden sei, die gesetzlichen Bestimmungen überschritten worden seien. Das Erkenntniß lautete bezüglich sämtlicher Angeklagten auf Freisprechung, und geht davon aus:

1) Daß die Aufforderung zu Beiträgen zum Nationalfonds nicht als „unbefugtes Kollektiren“ im Sinne der Polizeiverordnung vom 20. Sept. 1852 erachtet werden könne, selbst wenn dieselbe als rechtsobständig erachtet wird; 2) daß der Polizeirichter die Rechtsfähigkeit der Polizeiverordnungen nach Maßgabe des §. 6, Litt. a. bis h. des Gesetzes vom 11. März 1850 zu prüfen habe; 3) diese Verfügung aber im vorliegenden Fall dazu führe, die Polizeiverordnung vom 20. Sept. 1852 und die deklaratorische Regierungsverordnung als die Grenzen des §. 6 überschreitend für rechtswidrig zu erklären; 4) daß endlich auch noch lediglich von dem Standpunkte des §. 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 aus die Verordnung rechtswidrig sei. Sie sehe nämlich im Widerspruch mit der Verfassungsurkunde und dem Pressegesetz. Jene gewährte das Recht der freien Meinungsäußerung und schreibe im Art. 27 ausdrücklich vor: „Die Censur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.“ Zur Beschränkung der Presse sei das Pressegesetz vom 12. Mai 1851 ergangen und darum jede dort nicht ausgesprochene Beschränkung der Pressefreiheit gesetzwidrig. Eine mit den vorliegenden Polizeiverordnungen übereinstimmende Vorschrift enthalte aber das Pressegesetz nicht; vielmehr bestimme es nur im §. 23: „Essentielle Anforderungen zur Ausübung der wegen eines Pressevergehens oder Vergehens verwirkten Strafen sind verboten.“ Jede andere Aufforderung zur Zusammenbringung von Beiträgen sei somit erlaubt und eine dagegen gerichtete Polizeiverordnung gesetzwidrig.

Von Seiten der Polizeianwaltschaft wird gegen dieses Erkenntniß Appellation eingelegt werden, mithin diese Angelegenheit in der zweiten Instanz zur weiteren Entscheidung kommen.

Wien, 15. Nov. Die vorgestern Abend im Hotel des Staatsministeriums stattgefundene Konferenz des Hrn. v. Schmerling mit den 16 Abgeordneten blieb eine resultatlose. Die „Presse“ meint, es scheine „überhaupt auf Erzielung eines unmittelbaren Resultates gar nicht abgesehen gewesen zu sein.“ Die Konversation drehte sich um die Wichtigkeit und die Tragweite der rüchlichlich des Kriegsbudgets bevorstehenden Verhandlungen. Selbstverständlich kam man im Lauf der Konversation auch auf die bevorstehende, von uns bereits erwähnte Nachtragsforderung monatlicher 65,000 fl. für die Truppen des Herzogs von Modena zu sprechen. Der Staatsminister erklärte, es werde diese Nachtragsforderung allerdings eingebracht werden; allein es sei gegründete Aussicht vorhanden, die Angelegenheit bald der Art erledigt zu sehen, daß jener Betrag nicht das ganze Verwaltungsjahr hindurch werde in Anspruch genommen werden. Die diesfälligen Verhandlungen seien ihrem Abschluß ziemlich nahe gerückt; übrigens sei der geforderte Betrag nur vorläufigweise und gegen Rückerstattung seitens des Herzogs von Modena zu bewilligen. Seitens der Abgeordneten wurde in dieser Richtung keine bestimmte Erklärung abgegeben; in Abgeordnetentreffen jedoch ist man durch die in Aussicht stehende Nachtragsforderung höchst unangenehm berührt, und es dürfte bei der Verhandlung darüber im Ausschusse sowohl als im Hause zu harten Kämpfen kommen. Allgemein fiel es auf, daß Hr. v. Schmerling zu jener Besprechung über das Militärbudget den Referenten des Ausschusses, Dr. Giska, einzuladen unterließ, dessen Person doch, wo es sich um eine Vertheidigung handelte, zunächst zu berücksichtigen gewesen wäre.

Vorgestern hat im Palais des Frhrn. v. Sina eine Familienkonferenz betreffs der Vermählung der Baroness Sina mit dem Fürsten Ypsilanti und im Beisein dieses letztern stattgefunden, und wurden die Eheparten festgesetzt.

Wien, 15. Nov. (Nürn. Kor.) Es wird schon jetzt darauf hinzuweisen sein, daß die dänische Regierung irgend ein Eingehen auf die Vorschläge der deutschen Mächte zurückgewiesen hat, nothwendig in eine neue Phase treten muß. Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin über die zunächst zu unternehmenden Schritte haben auch bereits begonnen, und eine wesentliche Differenz zwischen dem öster-

reichlichen und preussischen Kabinett ist in dieser Frage nicht vorhanden. Das den deutschen Großmächten zu Verhandlungen mit Dänemark vom Bunde ertheilte Mandat ist erschöpft, und am Bunde wird es daher jetzt sein, über die nunmehr zu ergreifenden Maßregeln schlüssig zu werden, auf Grund eines von seinen bisherigen Mandatträgern zu stellenden Antrags.

Wien, 17. Nov. Das Abgeordnetenhaus arbeitet, um die Reichsraths-Session noch vor dem für die Einberufung der Landtage anberaumten Termin (10. Dez.) beenden zu können, mit einer Beschleunigung, welche ohne Zweifel vollständig geeignet ist, den Schluß seiner Sitzungen rechtzeitig herbeizuführen, welche aber, wie es scheint, theilweise nur auf Kosten einer entsprechend gründlichen Behandlung der noch übrigen finanziellen Vorlagen erzielt werden kann. Inzwischen alle Welt ist nachgerade darüber einig, daß vorherhand nichts dringender geboten sei, als irgend ein definitiver Abschluß eben dieser Vorlagen, und daß keine der Krisen, welche von der einen oder der andern Seite noch in Aussicht genommen sein möchte, die Nachteile aufwiegt, welche das Scheitern jeder Lösung nothwendig herbeiführen müßte. Und eben deshalb sieht man gern hinweg über die Flüchtigkeit, welche die letzten Arbeiten und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses kennzeichnet. Man fühlt, daß es vor allen Dingen gilt, irgend eine feste Grundlage zu schaffen, und man vertraut im Uebrigen der Heilkraft der Zeit und der sprichwörtlichen Zähigkeit der österreichischen Staats- und Volkstrait.

Die Regierung freilich wird nach dem Schluß des Reichsraths und auch nach einem verhältnißmäßig günstigen Ergebnis seiner Arbeiten nicht auf Rosen gebettet sein; denn ohne Zweifel werden sich die Prinzipienkämpfe, die innerhalb des ermatteten Reichsraths in der letzten Zeit gerührt haben oder doch nicht mehr in der ursprünglichen Schärfe geführt wurden, auf den Landtagen und ganz speziell auf den Landtagen der Kronländer gemäßigter Nationalität — Böhmen in erster Reihe — mit Energie wieder erneuern. Auf diesen Landtagen, deren einzelne — ich nenne wiederum Böhmen — mehr Mitglieder zählen, als selbst der noch nicht vorhandene Gesamt-Reichsrath, ist der Großgrundbesitz, in dessen Reihen die Feudalpartei begrifflich ihre festesten Stützen hat, eine starke und kompakte Streitmacht ins Feld zu führen im Stande, welche vor allen Dingen das Gemeindegesetz, das vom Reichsrath aus in seinen allgemeinsten Grundzügen hingestellt worden, als Ausgangspunkt für ihre Tendenzen benützen wird. Schon haben verschiedene Vorbesprechungen von Reichsrathsmitgliedern gerade über das Gemeindegesetz stattgefunden, welche Zeugniß dafür ablegen, welche Besorgniß man in der angeedeuteten Richtung hegen zu müssen glaubt.

Auf heute Abend sind die Bankauschüsse zu einer Beratung über die vom Abgeordnetenhaus in Bezug auf das Bankübereinkommen beschlossenen Aenderungen geladen. Man hält es für feststehend, daß dieselben sich für die unbedingt Verwerfung dieser Aenderungen aussprechen und namentlich sowohl die nur zehnjährige Verlängerung des Privilegiums als gegen die Unverzinslichkeit der 80-Millionen-Anleihe entscheidend protestiren werden, wie ein vor einigen Tagen versammelter kleinerer Ausschuss es bereits gethan. In diesem Fall wäre die unausbleibliche Folge, daß die Bankfrage in der gegenwärtigen Session des Reichsraths nicht zur Erledigung käme.

Italien.

Turin, 14. Nov. (Köln. Ztg.) Wie Sie wissen, ist die Note des Hrn. Drouyn de Lhuys zunächst als Antwort auf eine Depesche des Generals Durando vom 8. Nov. zu betrachten. Es ist mir jetzt gestattet, Ihnen über die Geschichte dieser Depesche einige nähere Mittheilungen zu machen. Bekanntlich kehrte Hr. Nigra im vorigen Monat unerwarteter Weise noch vor Ablauf seines Urlaubs aus Turin zurück. Er sollte nämlich Hr. Thouvenel eine Note überreichen, als deren nächste Veranlassung die bekannte, im „Moniteur“ erschienenen Dokumente zu betrachten sind. In diesem Aktensstück abgelehnte General Durando den Standpunkt des kaiserlichen Briefes; er erklärte, „Italien sei bereit, die päpstlichen Grenzen zu respektiren“, somit die von Frankreich für die Räumung Roms gestellte Bedingung zu erfüllen. Der italienische Gesandte las Hr. Thouvenel diese Depesche in vertraulicher Weise vor, und letzterer zeigte sich über dieselbe höchst befriedigt. Aber gerade in diesem Zeitpunkt fällt die Entlassung Thouvenel's, wodurch die Situation eine erhebliche Aenderung zu erleiden schien. Das italienische Kabinett hielt es nun für würdiger, in eine größere Reserve zurückzutreten; es wollte nicht den Schein auf sich laden, als sei jenes wichtige Zugeständnis unter der Preßion der neuen Wendung der Politik der Tuilerien gegeben worden. Hr. Nigra hat daher die Note in ihrer ursprünglichen Gestalt nicht eingereicht. Man hat das erwähnte Garantieverprechen wieder gestrichen, so daß das Aktensstück nur den noch-maligen Nachweis enthält, daß der Status quo nicht fort-dauern und die französische Armee nicht noch auf unbestimmte Zeit in Rom bleiben könne. Was also auch die Ernennung des Hrn. Drouyn de Lhuys zu bedeuten haben mag, man wird dem Kabinett nicht vorwerfen können, daß es der Würde Italiens etwas vergeben habe. Die Parlamentsöffnung wird weiteres Licht auf diese interessanten Unterhandlungen werfen, die man bis jetzt absichtlich geheim gehalten. Graf Sartiges wird zur Zeit der Eröffnung der Kammern bereits hier sein.

Frankreich.

Paris, 17. Nov. Als Nachfolger des Hrn. v. Flaubert in London nennt man jetzt den Herzog von Montebello; doch dürfte ein Beschluß in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt sein. — Den Nachrichten aus Italien, wo bekanntlich morgen das Parlament eröffnet wird, sieht man mit Spannung entgegen. Hr. v. Sartiges ist heute in Turin eingetroffen, um der Parlamentsöffnung beizuwohnen. Eine Anzahl neapolitanischer Senatoren scheint entschlossen, das Ministerium Rattazzi zu unterstützen; aber

auch die übrigen Parteien und Fraktionen, jene Ricafoli's voran, entwickeln große Thätigkeit, und der Ausgang muß abgewartet werden; doch glaubt man, daß Rattazzi nach einer sehr lebhaften Diskussion die Majorität behalten wird. — Die „France“ will wissen, daß die Kandidatur des Prinzen Alfred von England für den griechischen Thron, welche einen Augenblick aufgegeben worden war, ernstlich wieder aufgenommen werden soll. Um ihre Pläne zu fördern, würde die englische Regierung einwilligen, daß die Ionischen Inseln Abgeordnete zum Athener Parlament schicken und so gewissermaßen einen Theil Griechenlands bilden, unter der Bedingung, daß sie das englische Protektorat und ihre konstitutionelle Autonomie beibehalten. So viel soll nach der „France“ gewiß sein, daß englische Agenten Griechenland durchkreuzen, um die Kandidatur des Herzogs v. Leuchtenberg anzugreifen und für den Prinzen Alfred anzuempfehlen. „Europa“ fügt die „France“ bei — kann die Augen nicht verschließen für Das, was vorgeht, denn die Thronbesteigung eines englischen Prinzen in Griechenland hieße den Orient ausschließlich den englischen Interessen überliefern. — Das Fest der Kaiserin wurde zu Compiegne durch 2 Gelegenheitsstücke, vom Grafen Morny (St. Remy) verfaßt, gefeiert. Hr. v. Nigra seinerseits überreichte der Kaiserin den üblichen Blumenstrauß aus Genua, vom weißen und rothen Camellias und Veilchen. — Die „Indep. belge“ ist heute abermals mit Beschlag belegt worden. — Hr. Louis Jourdan wird Hrn. Peyrat bei der „Presse“ ersetzen. — Das Staatsministerium hat den Dr. Dumont mit einer wissenschaftlichen Mission betraut, um in Mexiko das gelbe Fieber zu studiren. Gleichzeitig wurde die medizinische Fakultät beauftragt, Instruktionen zu diesem Behufe auszuarbeiten. Die Fakultät setzte eine Kommission ein, um dem Verlangen des Ministeriums sogleich zu entsprechen.

Baden.

Heidelberg, 16. Nov. (Ztg. Bg.) Vor kurzem fand hier eine freie Konferenz der Lehrer statt, die von 60-70 Theilnehmern besucht war. Es wurden die Beschlüsse der Pfälzburger und Durlacher Lehrerversammlungen mitgetheilt, welche letztere von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. — Der in Aussicht gestellte ethnographische Kurjus an hiesiger Universität ist ins Leben getreten und wird bereits zahlreich besucht.

Vermischte Nachrichten.

Lüdingen, 16. Nov. (Sch. M.) Wie innig die allgemeine Verehrung des heimgegangenen Sängers ist, wie das Volk den edlen Todten in seinem Herzen trägt, das zeigte die Beteiligung an dem Leichenbegängnis Ludwig Hlamb's. Aus allen Theilen des Landes eilten die Freunde, die Verehrer, die Abgesandten der Körperschaften oder Vereine herbei, die Gienbahnzüge waren überfüllt, ein Extrazug aus der Hauptstadt brachte Hunderte von Theilnehmern, dem großen Bestreben die letzte Ehre zu erweisen. Vor dem wohlbekannten Hause, das so freundlich auf die Redarbrüde herabsah, wo so mancher festliche Zug in früheren Tagen gehalten, dem Dichter eine Huldbigung zu bringen, ordneten sich nun am heutigen Nachmittag bei trübem Novemberrimmel und in wehmüthiger Stimmung die Bewohner der Stadt und die Herbeikommenden zum großartigen Geleite des Todten. Da lag der Sarg auf dem Todtenwagen, ganz in Kränze gehüllt: auf beiden Seiten zu Häupten des Todten hingen zwei schöne Lorbeerkränze, mit schwarz-roth-goldenen Bändern umwunden, welche eine Abordnung des neuland-sittierten deutlichen und der Ausschuss des schwäbischen Sängerbundes Namens der Sängere Deutslands ihrem Meister gebracht; auf der Bahre lag ein Palmzweig des Stuttgarter Lieberkranzes, seinem Ehren-mitgliede gewidmet, und die Kränze der weitem Kränze und Blumen, welche dankbare Pietät allerwärts gestiftet hatte. Ein solches Zeichen der rührenden Verehrung wollen wir hier im Einzelnen hervorheben: die Schüler des obren Gymnasiums in Stuttgart wollten die dankbare Anhänglichkeit der nachwachsenden strebsamen Jugend ausdrücken und sandten durch eine Deputation einen Vorbestrahn.

Den Leichenzug eröffnete, nachdem vor dem Trauerhaus ein Choral von den Sängern der Stadt Lüdingen und des Stuttgarter Lieberkranzes gesungen worden war, die akademische Liebertafel, nach ihr die Studenten. Dann folgten die Lehrer der Universität (Rektor und Dekane der Fakultäten im Zalar mit den Leidtragenden zu Wagen), die übrigen Angehörigen im Zuge. Eine sehr große Anzahl jetziger und früherer Abgeordneten der Zweiten Kammer, von dem Präsidenten Römer geführt, zollte dem früheren Kollegen und parlamentarischen Vorkämpfer ihre Verehrung. Nun kamen der Lüdingen Gerichtshof, die Beamten, die Lehrer der Stadt, dann die bürgerlichen Kollegien der Hauptstadt, welche fast vollständig erschienen waren, ihren früheren Abgeordneten zu feiern, und mit der Lüdingen Stadtgarde die bürgerlichen Kollegien Lüdingens, der andern einfl von Hlamb vertretenen „guten Stadt“. Die große Fahne des schwäbischen Sängerbundes, welche vor 5 Jahren eben hier in Lüdingen und vor dem Hause des Dichters ihre erste Weihe empfangen hatte, wurde, mit Flor verziert und von den Bannern des Stuttgarter Lieberkranzes, der Vereine von Lüdingen, Neulingen u. s. w. gefolgt, nun vorübergetragen, die Sängere der genannten Orte und zahlreiche Abordnungen aus andern schlossen sich an, dann kamen die Bürger von Lüdingen, Stuttgart, und die Theilnehmer von überall her. Den Schluß bildeten, geleitet von der Fahne des schwäbischen Turnerbundes und manchem andern Banner der Turner, die Schützen, die Feuerweh.

So ging der Zug ernst und gemessen durch die alten Straßen der Stadt nach dem freundlich am Abhang hinter der neuen Aula liegenden Friedhof, wohin mancher geistige Genosse unserm Todten vorangegangen, wo jüngst erst Friedrich Sülzer, der Sänger, und Christ. Ferd. Baur, der Theologe, begraben worden waren. Die Liebertafel sang den Vardenschor: Stumm schläft der Sängere; dann hielt der Stadtpfarrer von Lüdingen, Dekan Georgii, die Leichenrede. Der Redner hielt in edler, des großen Todten würdiger Sprache der Trauerversammlung vor, was dieses Grab der Nation bedeute, vor Allem ein friedliches Zeichen der Einigung bei allen Gegensätzen, die bei gleicher sittlicher Würdigkeit die Strebungen der Freunde des deutschen Vaterlandes trennen, und entwickelte sodann in kurzen, kraftvollen Zügen den reichen Inhalt dessen, was Ludwig Hlamb als Dichter, als Mensch, als Bürger gewesen, die Wahrheit seines ganzen Wesens vorzüglich hervorhebend, und daß er unser war im vollen Sinn des Wortes, ein echter Sproß Deutschlands, ein echter Sohn Schwabens, ein treuer Bürger Lüdingens. Nach einem Choral der Liebertafel sandten drei schwäbische Dichter ihre letzten Grüße am offenen Grabe dem Meister nach. Der älteste und vertraueste Freund Hlamb's, sein Genosse in der schwäbischen Dichterschule seit so manchem Jahrzehnd, Karl Mayer, sprach mit von Behmuth fast erstickter Stimme in rührenden Worten den letzten, innigen Abschied; J. G. Fischer sprach eine markige Ode; und als er mit erhabener Stimme schloß:

„Endlich, wann du erscheinst, du Geist der Zukunft, suchst du unter den Namen, die für Deutschlands Sieg und Ehre im Vordertreffen stritten, Und du wirst rufen: Ludwig Hlamb!“

da hallte, von wunderbarem Eindruck, wie wenn der Geist des deutschen Volkes antwortete, deutlich das Echo von den gegenüberliegenden Höhen her den großen Namen nach: Ludwig Hlamb! In schwing-vollen Worten betrauerte dann Ludwig Seeger den harten, blüthen-schweren Baum, der in dem Todten dahingefallen, jedoch in freudiger Ahnung hinweisend auf ein neues, großes und allgemeines Grünen und Blühen des Volkes, das er in Trauer zurückgelassen, dessen Aufschwung er so mutbig, so männlich stolz vorgearbeitet. Zwischen den Dichtern sprach Stadtschultheiß Sick von Stuttgart wenige gehaltvolle Worte, Namens der Stadt Stuttgart, welche, ihr Volksvertreter einfl und ihr Ehrenbürger, Ludwig Hlamb durch sein Angehören geehrt habe. Hunderte drängten sich, als der Zug heimkehrte, herzu, um noch ins offene Grab zu schauen und die Scholle Erde hinabzuwerfen. Als dann der Abend graute, sammelte sich die Studentenschaft, und brachte in einem Fackelzug zur Grabstätte nochmals ihre Huldbigung dar. In akademischer Weise schloß sie dann mit einem Trauerformers im großen Museumsaal, zu welchem Rektor und Senat der Universität geladen waren.

Ernst und Behmuth im Herzen, aber gehoben durch den Geist des Volkes, wie er an dieses Todten Grabstätte sich kundgegeben, zogen wohl Hunderte wieder in ihre Heimath zurück.

Ulm, 17. Nov. (A. Z.) Der großdeutsche Verein für Württemberg hat heute in seiner Generalversammlung zu Gerbach (bei Ulm) beschlossen, den Frankfurter Beschlüssen vom 28. v. M. in Betreff der deutschen Verfassungsfrage und vom 29. in Betreff der Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands mit dem Zusatz gebührender Berücksichtigung des Schutzes deutscher Arbeit zuzustimmen. Der Verein hat nahezu tausend Mitglieder, und wurde über die einzelnen Fragen, namentlich der Delegirtenversammlung, sehr eingehend debattirt.

München, 15. Nov. (B. Z.) Der frühere k. k. österreichische Staatsminister Graf v. Buol-Schauenstein ist mit Familie aus Wien hier eingetroffen, um den ganzen Winter über in unserer Stadt zu verweilen.

Der Direktor der ersten und zweiten Bürgerschule, sowie der Realschule zu Leipzig, Dr. Carl Vogel, Vater des bekannten Afrika-Reisenden, ist am 15. d. M. im Alter von 67 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben.

Roßla, 13. Nov. Das Telegramm, welches die am 2. Nov. in Forzheim versammelten Mitglieder des Nationalvereins an Moritz Wiggers gerichtet haben, lautet: „Badener und Württemberger bringen ein Hoch auf Medlenburg und seines Rechtes Sieg.“ Der „Norddeutsche Korrespondent“, unser ministerielles Organ, ist dadurch in große Aufregung versetzt.

Paris, 18. Nov. Der „Moniteur“ berichtet die Ernennung des Baron Gros zum Botschafter in London. Auch veröffentlicht er die Antwort von Drouyn de Lhuys auf das Durando'sche Zirkular, übereinstimmend mit dem von der „Köln. Ztg.“ bereits veröffentlichten Texte.

(Ein gezähmter Gorilla.) Englischen Blättern zufolge ist mit dem afrikanischen Postdampfer „Armenian“ nun auch ein junger lebendiger Gorilla in Liverpool angekommen, und wir säumen nicht, die an demselben gemachten Beobachtungen als Nachtrag zu unserm neulichen Bericht hier mitzutheilen. Das interessante Thier hat bereits eine Größe von 3 1/2 Fuß erreicht und zeigt sich überaus gelehrt. Seine größte Freude besteht bis jetzt in mannichfachen Versuchen, einzelne Stücke Planell zusammenzunähen. Es zeigt sich sehr gefräßig, ist wählerisch in der Kost, genießt gute Früchte, zieht aber ein saftiges Bestial jeder andern Nahrung vor, und ist mithin durch den Genuß gefochter Speise bereits in dem Bereich der Zivilisation eingetreten. Man findet das Thier nicht besonders häßlich und erstaunt allgemein über die außerordentliche Kraft seiner Gliedmaßen. Wahrscheinlich ist der neue Ankömmling für den Regent's Park in London bestimmt.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Saronia“, Kapitän G. H. E. S., von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volten, William Miller's Nachf., am 15. Novbr. von Hamburg nach New-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 700 Tons Güter und 206 Passagiere an Bord.

Ansbach, 15. Nov. Bei der heute dahier stattgefundenen zwölften Serienziehung des obigen Eisenbahn-Anlehens sind die nachstehenden 38 Serien: 85. 199. 546. 680. 763. 856. 1089. 1112. 1389. 1497. 1565. 1974. 2009. 2181. 2332. 2499. 2675. 2828. 2869. 2870. 2879. 3005. 3192. 3601. 3679. 3790. 3857. 4062. 4253. 4331. 4365. 4423. 4430. 4639. 4698. 4717. 4767. 4997. erschienen, welche an der planmäßig am 15. fünftigen Monats stattfindenden Gewinnziehung Theil zu nehmen haben.

Wiesbaden, 15. Nov. Bei der heute stattgehabten Verloosung der Vereins fl. 10 Loose wurden folgende Hauptpreßer gezogen: Nr. 86,620 5000 fl., Nr. 13,162 1500 fl., Nr. 9238 600 fl., Nr. 45,734 und 55,103 jede 300 fl., Nr. 15,618 und 109,291 jede 200 fl., Nr. 11,720, 13,833 und 33,540 jede 100 fl.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 20. Nov. 4. Quartal. 128. Abonnements-vorstellung. Ein alter Musikant; Drama in 1 Akt, von Charlotte Birch-Pfeiffer. — „Tartini“ Hr. Herbert als Gast. Hierauf: Der Majoratserbe; Lustspiel in 4 Akten, von der Verfasserin von „Lüge und Wahrheit“. — „Paul“ Hr. Otto Devrient vom Stadttheater zu Leipzig.

Theater in Baden.

Mittwoch 19. Nov. Martha, oder: Der Markt zu Richmond; Oper in 4 Akten, von Friedrich. Musik von Fr. v. Flotow.

